

gierten Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz). Um auch vor Ort einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, gestaltete sie das Radfahren für ihre Mitarbeiter möglichst attraktiv. Die Firmenleitung sorgte für Duschen und Umkleiden am Arbeitsplatz, stellte Fahrradständer und Reparaturplätze zur Verfügung und ernannte einen Fahrradbeauftragten. 20 Prozent der Mitarbeiter fahren inzwischen mit dem Rad zur Arbeit. Und davon profitiert auch das Unternehmen: Es ist nicht nur gut für das Image, sondern spart auch Fläche und Kosten für Parkplätze ein. Im Mai 2009 erhielt die gtz für ihr Engagement den »bike and business award«, der in diesem Jahr erstmals vom Planungsverband und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub vergeben wurde.

Mobilität und Lebensqualität vereinbaren

Projekte dieser Art interessieren Lanzendorf, weil sich daran studieren lässt, wie nachfragebezogene

Maßnahmen das Verkehrshandeln von Menschen beeinflussen: »Die klassischen Instrumente von Bauen und Planen sind hier oft nicht zielführend genug.« So stellt er sich beispielsweise die Frage, wie man in ländlichen Gebieten den Individualverkehr mit dem Auto reduzieren könnte, ohne die Mobilität zu beschneiden. Mit dem Odenwald-Kreis testet er derzeit die Möglichkeit, Mitfahrgelegenheiten in das öffentliche Verkehrssystem zu integrieren. »Wenn man an einer Bushaltestelle auf der Landstraße wartet, dann kommen meistens einige PKWs vorbei, bevor der nächste Bus eintrifft«, erklärt er seine Idee. Ziel ist es, diese Mitfahrgelegenheiten flexibel und zeitnah organisieren zu können, etwa über ein System, das über das Handy Angebot und Nachfrage zusammenbringt – eine Art organisiertes Trampen.

Hinter allen Forschungsprojekten steht schließlich die Frage: »Wie lässt sich Mobilität mit weniger Verkehrsaufwand realisieren?«

Für Lanzendorf ist das nicht nur eine Herausforderung, die sich durch Klimawandel und Ressourcenknappheit ergibt, sondern auch eine der Lebensqualität: weniger Lärm, bessere Luft und mehr Grünflächen. Die Realisierung hängt seiner Meinung nach zum großen Teil von der städtischen Mobilitätskultur ab. Städte wie Freiburg zeigten, dass autoreduziertes Wohnen in Neubaugebieten möglich ist und von vielen Bürgern als erstrebenswert angesehen wird. Das Beispiel Münster demonstriert, wie eine fahrradfreundliche Städteplanung den nicht motorisierten Verkehr fördert. »Man kann sich nicht darauf zurückziehen, dass die städtischen Strukturen historisch gewachsen sind und solche Ideen nur in Neubaugebieten zu realisieren sind«, meint Lanzendorf, »es braucht aber nicht nur politischen Gestaltungswillen – man muss auch das Nutzerverhalten kennen und das bürgerschaftliche Zusammenspiel in einer Stadt berücksichtigen.« ♦

»Ein Ort bundesweit beachteter Vorfälle«

Einblicke in die bewegte Frankfurter Universitätsgeschichte zwischen 1946 und 1972.



Notker Hammerstein im Interview mit Anne Hardy

? Herr Professor Hammerstein, 2010 erscheint der zweite Teil Ihrer Geschichte der Goethe-Universität. Was erwartet uns?

Hammerstein: Der Band setzt mit dem Ende des Nationalsozialismus, dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein und reicht bis in die Phase der universitären Neuordnung um 1972. Diese Fortführung der Universitätsgeschichte verdankt ihr Entstehen dem Interesse an der Sache selbst, aber auch vielfach geäußerten Wünschen. Da im ersten Band die Schilderung der Zeit zwischen 1945 und 1948 eher kursorisch blieb, setzt der neue Band nochmals mit 1945 ein. Ausführlicher als zuvor schildert er die Wiedereröffnung der Universität und die Zeit des frühen Aufbaus. Die auf diese Jahre folgende Entwicklung – vielfach paradigmatisch für die Bundesrepublik und ihre Uni-

Bevor es nach dem Krieg mit dem Studium weitergehen konnte, musste erst einmal aufgeräumt und wieder aufgebaut werden. Die Studenten fassten mit an: Junge Frauen engagierten sich ebenso wie Männer.

versitäten insgesamt – kann auf diese Weise besser verstanden und eingeordnet werden.

? Welche Personen nehmen Sie in den Blick?

Hammerstein: Wie im ersten Band stehen die Professoren – Ordinarien und Extraordinarien – im Mittelpunkt der Darstellung. Sie prägen das Profil der Institution, ihre geistige und wissenschaftliche Bedeutung. Daneben erfahren natürlich auch wichtige allgemeine Entwicklungen der Zeit, die für die Universität von Bedeutung waren, Berücksichtigung. In der Nachkriegszeit stand vor allem der Auf- und Ausbau der zerstörten Hochschule im Vordergrund. Dazu gehörten nicht nur der Wiederaufbau von Gebäuden, sondern auch neue Berufungen, die über die wissenschaftliche Ausrichtung Auskunft geben. Der Band geht auf die Verhandlungen mit Vertretern von Stadt und Land ein, die Ziele der Landesregierung sowie allgemeine politische Ereignisse, die in der Universität bemerkenswerte Reaktionen hervorriefen, wie der Vietnamkrieg oder die Notstandsgesetze. Ebenso wichtig ist aber auch das Verhältnis von Professoren und Studenten. Deren Wünsche, Überlegungen und Aktionen werden über die behandelten Jahre hin möglichst breit dargestellt. Nicht immer ist das allerdings aufgrund der Quellenlage zufriedenstellend möglich.

? Was sind die wichtigsten universitätsgeschichtlichen Fragen, denen Sie nachgehen?

Hammerstein: Das sind mentale und institutionelle Veränderungen in der Universität, wie wir sie auch heute erleben. Sie müssen im Kontext der allgemeinen bundesrepublikanischen Universitätspolitik gesehen werden. Wie wirkte sich diese auf die Personalpolitik aus? Welchen Einfluss hatte sie auf Finanzfragen? Wer entschied über die bauliche Erweiterung, die mit einer ausgreifenden Baupolitik verbunden war? Auf rechtlichem Gebiet waren einschneidende Ereignisse der 1. Januar 1967, als die von der Stadt getragene Stiftungsuniversität an das Land übergang, zwei neue Hochschulgesetze und schließlich



eine gänzlich neue Universitätsverfassung, die zu einer Auflösung der Fakultäten und der Einrichtung von Fachbereichen führte.

? Welchen Schwierigkeiten begegneten Sie beim Schreiben?

Hammerstein: Bei so vielen Gegenständen und vor allem bei der Analyse der Berufungsfragen – keiner der Professoren sollte übergangen werden, sollte eine solche Geschichte zuverlässig über die verantwortlichen Personen und die Hauptereignisse Auskunft geben – ließ es sich nicht vermeiden, dass der Band streckenweise den Charakter einer Chronik annahm. Das kommt der Lesbarkeit nicht immer entgegen. Dafür sollte garantiert

Nach den schwachen Jahrgängen der Kriegszeit wuchs die Studen-
tenzahl nach 1945 stark an. Sichtbarer Ausdruck dessen ist die Vergrößerung des Haupteingangs des »Jügelhauses«, der nach den Plänen des Bauhaus-Architekten Ferdinand Kramer ausgeführt wurde. Theodor Adorno und Max Horkheimer, seinerzeit Rektor der Universität, war die sachliche Gestaltung ein Dorn im Auge.



Franz Böhm war einer der Rektoren der Nachkriegszeit, die sich aktiv gegen die nationalsozialistische Herrschaft gestellt hatten. In den 1930er Jahren trat der Jurist der Diskriminierung und Verfolgung jüdischer Bürger entgegen. Seine akademische Karriere endete abrupt mit dem Entzug der Lehrerlaubnis. Nur dank einer Namensverwechslung entging Böhm, der zum Freiburger Bonhoeffer-Kreis gehörte, der Verhaftung am 20. Juli 1944. Nach dem Krieg erhielt er zunächst eine Professur an der Universität Freiburg und wurde dort Prorektor; 1946 folgte er dann dem Ruf nach Frankfurt. Auf diesem Bild ist sein Gesicht noch deutlich von den Strapazen des Krieges gezeichnet.

sein, dass jedermann die ihn interessierenden Personen und Dinge finden und nachschlagen kann.

? Was ist das Besondere an Ihrer Darstellung?

Hammerstein: Bislang gibt es keine Geschichte einer bundesrepublikanischen Universität zwischen 1945 und 1972. Meine Darstellung der Universität Frankfurt nimmt daher eine Vorreiterrolle ein – zu Recht, denn die Goethe-Universität war zwischen 1946 und 1972 ein Ort bundesweit beachteter Vorfälle, Ereignisse, Ideen und wissenschaftlich charakteristischer Positionen. Manche der geschilderten Vorgänge, Pläne und Auseinandersetzungen sind von vielfach stilbildendem

»Unter den Talaren, der Muff von tausend Jahren!«. Ihren Unmut an den traditionellen universitären Bräuchen drückten die Studenten 1968 nicht nur verbal aus, wie dieses Bild eines aufgebrochenen und halb ausgeräumten Schrankes mit Talaren zeigt.



Studentische Provokation während der 1968er-Unruhen: Das ordentlich geschriebene Graffiti mit den infrage gestellten deutschen Tugenden prangt an der Wand hinter dem Besprechungstisch im Büro des Rektors.

Charakter gewesen und auch im Nachhinein von fast außerordentlicher Brisanz. Vieles, was hier geschah, prägte die intellektuelle, politische und wissenschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik mit.

? Wie würden Sie die Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der universitären Neuordnung in den 1970er Jahren charakterisieren?

Hammerstein: Im Rückblick war es eine Zeit enorm rascher und positiver Entwicklungen für die Bildungspolitik. Steigende Studentenzahlen, neue Professuren und neue Disziplinen, verbesserte finanzielle Ausstattung, Neubauten – all das sticht ins Auge. Die Kehrseite dieses raschen Wachstums waren Raummangel, Überfüllung, zunehmende Anonymisierung und – bedingt durch Studienunterbrechungen im Krieg und die nationalsozialistische Politik – ein Man-

gel an wissenschaftlichem Nachwuchs. Die Universitäten waren vor Probleme gestellt, für die sie in ihrer bisherigen Geschichte kaum Lösungen oder hilfreiche Beispiele finden konnten. Das Quellenstudium zeigt aber, dass man sich diesen Problemen in Frankfurt freudig und gern stellte. Sie zu lösen, galt als lohnenswerte Aufgabe; nach den düsteren Jahren des Naziregimes und des Krieges sollte es wieder aufwärts gehen. Dass zugleich manche Vorurteile bestärkt und rückwärtsgewandte Debatten geführt wurden, änderte nichts an der insgesamt liberalen und demokratiezugewandten Grundeinstellung der meisten Handelnden.

? Inwieweit gelang es der Universität nach dem Krieg, Personen mit einer nationalsozialistischen Vergangenheit aus ihren Reihen zu entfernen?

Hammerstein: Für Frankfurt war es bezeichnend, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht nur untadelige Männer das Amt des Rektors bekleideten, sondern dass unter den frühen Rektoren auch aus der Emigration zurückgekehrte ehemalige Angehörige der Universität waren. Nach Walter Hallstein und Franz Böhm amtierten, mit einem Zwischenspiel Boris Rajewskys, Max Horkheimer, Oskar Ganz und Fritz Neumark. Anhänger des NS-Regimes, aber weitgehend auch sogenannte Mitläufer, waren unter den Dozenten nach Wiedereröffnung der Universität die Ausnahme. Die neue freie, demokratische Verfasstheit der entstehenden Bundesrepublik wurde uneingeschränkt bejaht und aktiv mitzugestalten versucht, wie die vielen Reformüberlegungen und Pläne der frühen Jahre zeigen. Der unabdingbare Wiederaufbau – materiell wie ideell – wurde als ein geschenkter Neuanfang begriffen, den es zu gestalten galt.

? Wie kam es zur Auflösung der Stiftungsuniversität?

Hammerstein: Die Stadt Frankfurt konnte auf Dauer nicht mehr allein die Last der Finanzierung tragen. Die Stiftungsuniversität hatte sich mehr und mehr den anderen hessischen Landesuniversitäten an-

zupassen, was aber nicht bedeutete, dass sie ihre Eigentümlichkeiten aufzugeben hatte. Im Großen Rat und im Kuratorium wirkten fast über die ganze Zeit neben Vertretern von Stadt und Land und gewählten Universitätsvertretern auch Vertreter der Stifter an der Leitung der Goethe-Universität mit. Das war und blieb eine Eigenart Frankfurts. Den Großen Rat gab es bis 1970. Eine damit vergleichbare Einrichtung gibt es heute nicht mehr.

? Kommen wir zur Mentalitätsgeschichte: Die Studenten der 1968er-Bewegung, die in Frankfurt und Berlin besonders ausgeprägt war, kritisierten »Unter den Talaren, den Muff von tausend Jahren«. Welche Strukturen und Ansichten empfanden die Studierenden als rückwärtsgerichtet? Und wie konnten diese den demokratischen Neuanfang der Nachkriegszeit überdauern?

Hammerstein: Nach 1946 überwogen zunächst Gelehrte, die ihre Ausbildung während der Zeit der Weimarer Republik erfahren hatten, was mental oft ins Kaiserreich zurückreichte. Dementsprechend waren viele der damaligen Diskussionen und Themenstellungen noch von diesen Zeiten geprägt. Erst als Mitte der 1950er Jahre der Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs behoben war, konnten die Wissenschaften ausgebaut und konnte die Professorenschaft verjüngt werden. Diese neue Generation von Berufenen hatte meist mehrere Jahre am Krieg oder an anderen, von den NS-Machthabern eingeführten Einsätzen teilnehmen müssen. Sie agierte zielgerichtet, war auf rasche Karriere aus, übernahm anfänglich meist die wissenschaftlichen Anschauungen ihrer Lehrer und ließ die frühen Reformanstrengungen versanden.

Erst in den 1960er Jahren entstand dadurch – und nicht nur auf Seite der Studenten – der Wunsch nach einem Wandel der Ordinarien-Universität, einem Abbau der inzwischen steilen Hierarchisierung, einer Demokratisierung der Universität. Auch hier ist es wichtig, das damalige politische Umfeld in der Bundesrepublik und in der Welt zu betrachten – die Anti-Atombewegung, der Vietnamkrieg,

die Notstandsgesetze –, auf die der linksintellektuelle Zeitgeist antwortete: die Ostermärsche der Friedensbewegung, die Formierung einer außerparlamentarischen Opposition APO, die Gründung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds SDS, die Herausgabe der Frankfurter Hefte, das Abendstudio des Hessischen Rundfunks, die viel gefragte »Theorie«-Reihe des Suhrkamp Verlags und die Wiedereröffnung des Instituts für Sozialforschung sind nur einige Unternehmungen, die diese Zeit charakterisieren. Sie führten fast folgerichtig zur 68er-Bewegung. Als der Funke nach der Ermordung Benno Ohnesorgs 1968 von Berlin nach Frankfurt übersprang, war hier bereits ein breites Feld für ungemein vehemente Reaktionen, Aktionen und Diskussionen vorbereitet.

? Welche Auswirkungen hatte die 1968er-Bewegung auf die weitere Entwicklung der Goethe-Universität und das Verhältnis von Professoren, Studierenden und Mitarbeitern?

Hammerstein: Die Bewegung erfasste damals nicht nur Studenten, sondern auch manche Professoren,

Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter. Bis zum Ende des dargestellten Zeitraums bestimmten die Anhänger, Gegner, Aktivisten und selbst die scheinbar Gleichgültigen die Verhältnisse und Auseinandersetzungen in der Universität. Neben den unterschiedlichsten Demonstrationen beherrschten unheimlich kontroverse Diskussionen über die universitäre, aber auch über die allgemein politische Situation die Szenerie. Satzungsfragen, diverse, höchst umstrittene Rektorenwahlen, Fragen der Mitbestimmung von Extraordinariern und Studenten, Auseinandersetzungen mit Landesregierung und Landtag über neue Hochschulgesetze, die Eingliederung der Hochschule für Erziehung (AfE) und anderes hielten Rektoren, Dekane, Professoren – Senat und Konzil – sowie Großen Rat, Kuratorium und AStA in Atem.

Die scheinbare nachkriegsbedingte Einheitlichkeit der Professorenschaft und ihr Zunftgeist lösten sich zunehmend auf, die inneruniversitären Verhältnisse wurden unübersichtlicher und variabler. Eine vielschichtige und spannende Phase deutscher Universitätspolitik begann, die durch die Novellierung des ersten hessischen Hochschulge-

Zur Person



Prof. Dr. Notker Hammerstein, emeritierter Professor für neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität, ist ein ausgewiesener Experte für die Geschichte der europäischen Universitäten. Bereits in seiner Habilitation beschäftigte er sich mit der Geschichte des historischen Denkens an deutschen Universitäten. Er war Vizepräsident der »Commission internationale pour l'Histoire des Universités«, gehört dem Herausgeberkreis eines von der internationalen Rektorenkonferenz inaugurierten Handbuchs zur Geschichte der Universitäten in Europa an, wie auch der in Oxford erscheinenden Zeitschrift »History of Universities«. Den ersten Band zur Geschichte der Goethe-Universität zwischen 1914 und 1950 legte er zum 75. Jubiläum 1989 vor, der zweite Band ist im Manuskript abgeschlossen und erscheint 2010.

setzes im zweiten Gesetzeswerk von 1970 zu einer neu verfassten und umstrukturierten Universität führte. Das Gesetz schuf die Präzisionsuniversität, beseitigte die traditionsreiche Fakultätseinteilung zugunsten einer Gliederung in Fachbereiche, politisierte die Universität hin zu vermeintlicher Demokratisierung, schuf neue Gremien und Verwaltungsstrukturen. Das hatte weitreichende Folgen, die teilweise noch bis heute spürbar sind. ◆

Am Wasser mussten arme Frankfurter Bürger nie sparen

Soziales Denken beherrschte die Tarifgestaltung im 19. Jahrhundert

» Unser Schlachtfeld ist nicht dasjenige der Soldaten mit ihren Tausenden von Toten und Verwundeten. Auf unserem Schlachtfeld zählen wir die Tausende vom Tode Geretteter durch die Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse, die aus unseren Arbeiten hervorgeht. Diese Tausende am Leben Erhaltener bedeuten auch Tausende von Krankheit Bewahrter, besonders der ärmeren Bevölkerung, die Krankheiten am meisten ausgesetzt ist. () so bekommen wir einen Begriff von der Wichtigkeit unserer Arbeit, (...)«^{1/}

Als der Ingenieur William Heerlein Lindley dieses Plädoyer für eine saubere und gesunde Stadt 1906 auf einer Tagung in Warschau vortrug, verfügte er bereits über eine langjährige Erfahrung mit den Kanalisationsarbeiten in Frankfurt am Main. Begonnen hatte diese Arbeiten sein Vater William Lindley. Der englische Eisenbahningenieur hatte sich beim Bau der Kanalisation in Hamburg, der ersten nach englischem Vorbild, einen Namen gemacht und trug in der Folge zur Modernisierung zahlreicher europäischer Städte bei.



von Anna Leiss

1 William Heerlein Lindley (1853–1917) übernahm schon als 20-Jähriger während der längeren Abwesenheiten seines Vaters die Bauleitung bei der Frankfurter Kanalisation – zunächst ohne die Zustimmung der Stadtäter.

Während Vater Lindley Kanalisations- und Wasserprojekte in ganz Europa leitete, wurde William Heerlein Lindley in England erzogen und unterrichtet. Als Sechzehnjähriger immatrikulierte er sich bereits an der Universität in London. Nach nur einem Jahr verließ er jedoch ohne Abschluss die Hochschule, um seinem Vater nach Bu-